

Johannes Schraps

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 8/2023

22.09.2023

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

ein Thema, das uns beschäftigt und weiter beschäftigen wird, ist das Thema Migration. Die Situation an den EU-Grenzen, besonders dramatisch auf Lampedusa, zeigt deutlich, dass wir eine europäische Lösung brauchen. Auch innenpolitisch mehren sich populistische Kommentierungen, die keinerlei konkrete Lösungen bieten. Hier wird lediglich alter Wein in neuen Schläuchen präsentiert. Und es ist viel Wahlkampfgetöse dabei. Was aber nicht sein darf, ist, dass die Not der Menschen von Populistinnen und Populisten missbraucht wird, um Hass, Hetze und Zwietracht zu schüren. Dem werden wir uns entschieden entgegenstellen! Nicht zuletzt verpflichtet das Gedenken an den 150. Geburtstag von Otto Wels am 15. September, uns weiterhin als Bollwerk gegen die Feinde unserer Demokratie entgegen-zustellen. Für uns gilt: Man bildet keine Mehrheiten mit Extremistinnen und Extremisten. Dort, wo es für



Demokratinnen und Demokraten eine klare Perspektive zur Zusammenarbeit gibt, sollte sie wahrgenommen werden. Es braucht den demokratischen Konsens, mit rechts extremen, anti-demokratischen Kräften nicht zusammenzuarbeiten – das gilt für uns als SPD immer und auf allen Ebenen. CDU und CSU haben sich von diesem Konsens teilweise verabschiedet. Das von ihnen vorgeschobene Argument, man helfe so Menschen, Wohneigentum zu erwerben, ist blanker Hohn. Niemanden ist damit geholfen, Rechtsextremen Stück für Stück zur Macht zu verhelfen. Was in Thüringen derzeit geschieht, ist gefährlich und durch nichts zu rechtfertigen. Es ist nie gut für die Menschen, wenn mit Rechtsextremen zusammengearbeitet wird, die unsere Demokratie verachten.

Noch im vergangenen Jahr haben viele Beobachterinnen und Beobachter mit einer tiefen Rezession gerechnet. Heute wissen wir: Deutschland ist besser durch die Krisen gekommen als gedacht. Und dies alles in einem politisch wie wirtschaftlich schwierigen Umfeld. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die daraus resultierenden hohen Energiepreise, ein immer aggressiver auftretendes China in der Welt und der amerikanische *In-flation Reduction Act* stellen eine Exportnation wie Deutschland, die jahrelang von niedrigen Energiepreisen profitiert hat, vor große Herausforderungen. Die vergangenen Monate und Jahre haben aber auch gezeigt, dass Deutschland unter Führung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers gut regiert wird. Bei allen offensichtlichen Herausforderungen haben wir immer wieder gezeigt, dass wir gemeinsam auch große Krisen bewältigen können – mit guten staatlichen Institutionen und einem starken

Rechtsstaat, einem soliden wirtschaftlichen Fundament vor allem von kleinen und mittelständischen Unternehmen und der großen Solidarität in unserer Gesellschaft. Der Deutschlandpakt von Olaf Scholz, den er Ländern, Kommunen und der demokratischen Opposition vorgeschlagen hat, knüpft genau hier an: Um die Herausforderungen durch Klimaschutz, Transformation und die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine zu bewältigen, vor denen unser Land gegenwärtig steht, braucht es eine nationale Kraftanstrengung. Alle staatlichen Stellen müssen entschlossen Tempo und Mut zeigen, um unser Land von Grund auf schneller, moderner und sicherer zu gestalten.

Viel Spaß beim Lesen.

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Tag der Wohnunglosen

im Senior-schlägerhaus

Seite 3 — Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin

Seite 4 — Besuch des Berufsbildungswerks Bad Pyrmont

Vorstellung: Helena Truchla

Seite 5 — Veranstaltung: Die Entführung ukrainischer Kinder"

Seite 6 — Praktikumsbericht Fatima Fanous

Seite 7 — Themenüberblick Bundestag

Seite 8 — Besucher:innengruppen aus dem

Weserbergland in Berlin

Ihr findet mich auch bei:









GESPRÄCH M. WIRTSCHAFTSFÖRDERER DR. STEINBECK

Im Zuge einer Neuordnung der Kreisverwaltung im Landkreis Hameln-Pyrmont hat seit dem 01. April 2023 Dr. Joachim Steinbeck die Leitung des Dezernates Wirtschaft, **Umwelt und Naturschutz** übernommen. Bei einem Kennenlerngespräch haben wir uns über die Notwendigkeit der Verknüpfung von Bundesund Kreispolitik, sowie den Stand der anstehenden Projekte in Hameln-Pyrmont unterhalten können. Mit Smart City und diversen anderen Großprojekten hat Herr Dr.

Steinbeck viele wichtige Projekte von seinem Vorgänger übernommen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und den regelmäßigen Austausch.



TAG DER WOHNUNGSLOSEN IM SENIOR-SCHLÄGER-HAUS



Nicht nur in Großstädten wie Berlin und Hamburg leben Menschen ohne Obdach auf der Straße – auch im Weserbergland wie in Hameln und Holzminden gibt es wohnungslose Menschen, allerdings meist weniger sichtbar.

Denn auch Menschen, die bei Freunden oder Bekannten unterkommen, sind wohnungslos.

Bei meinem heutigen Besuch im Senior Schläger Haus habe ich gemeinsam mit der 1. Vorsitzenden des Vereins Dr. Anja Schmidt und den beiden hauptamtlichen Mitarbeiterinnen Lisa Opitz und Sandra Clemens-Wolf sowie regelmäßigen Besucher:innen über

den steigenden Bedarf an Beratung und Hilfestellung sprechen können.

Die Ampel-Koalition hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, die Wohnungslosigkeit in Deutschland bis 2030 zu überwinden.

Mithilfe des laufenden Nationalen Aktionsplans, den das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen dieses Jahr ins Leben gerufen hat, findet das Thema Wohnungs- und Obdachlosigkeit erstmals breite bundespolitische Beachtung.



OSTSEEPARLEMENTARIERKONFERENZ: SO ENSTEHT STARKE GEMEINSAME STIMME IM OSTSEERAUM



Am Ende August trafen wir uns in Berlin mit 150 Abgeordneten, Regierungsvertretern und Experten aus den Ländern und Regionen des Ostseeraums. Deutschland nimmt seit 1991 an der sogenannten Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) teil. Als Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages hatte ich die Ehre, für ein Jahr Präsident die-

schnell und konsequent auf die Entwicklungen mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu reagieren. Auch deshalb lag einer der Schwerpunkte während der Präsidentschaft des Bundestages auf der Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer Demokratie hinsichtlich digitaler Resilienz und mit Blick auf das Thema Energiesicher-

brauchen wir zeitnahe Lösungen, damit die Altlasten nicht zu einer noch größeren Gefahr für Mensch und Umwelt werden. Auch Klimaschutz und der Erhalt der biologischen Vielfalt waren auf der Tagesordnung, und in der Abschlusserklärung haben wir konkrete Empfehlungen auf an unsere Regierungen verankert. Die basieren sich auf dreijähriger Tätigkeit einer BSPC-Arbeitsgruppe.

Es war eine Freude, die erste BSPC-Jahrestagung zu leiten, bei der auch 50 jungen Delegierten dabei waren, und sich dem Thema Demokratieresilienz widmeten. Als Sozialdemokrat bin ich froh, dass sie bei ihren Forderungen auch einen Schwerpunkt auf soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für die Stärkung unserer Demokratie legen.



ser Plattform für parlamentarische Zusammenarbeit zu sein. Es ist uns gelungen, gemeinsam

heit. Eine weitere Priorität war der Umgang mit Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee. Hier

BESUCH DES BERUFSFÖRDERUNGSWERKES BAD PYRMONT



Eine wichtige Einrichtung im Wahlkreis ist das Berufsförderungswerk in Bad Pyrmont. Auf dem parlamentarischen Abend der Berufsförderungswerke in Berlin habe ich den Geschäftsführer der BfW's in Goslar, Bookholzberg und Bad Pyrmont Pierre Noster, kennengelernt, der mich nach Bad Pyrmont eingeladen hatte. Gern bin ich der Einladung, gemeinsam mit meiner derzeitigen Praktikantin Ari-Mirzadeh und Heike ana Beckord, gefolgt. Gemeinsam mit dem Geschäftsführer der INN-tegrativ gGmbH, Pierre Noster, und dem Standortleiter, Olaf Gorniak habe ich mich bei meinem Besuch über die Arbeit der INN-tegrativ gGmbH gut informiert gefühlt und besuchte einige Qualifizierungsmaßnahmen. Die aktuellen Herausforderungen in der beruflichen Rehabilitation, die sich durch einen stetigen Rückgang von Teilnehmenden aufgrund der Einflüsse der Demografie und der hohen Kostensteigerungen durch die stark gestiegene Inflation und in der Folge hoher Tarifabschlüsse er-

geben haben, sind zentrales Thema meines Besuches gewesen. Ganz besonders gefreut hat mich, dass ich in einen Kurs meinen ehemaligen Mitarbeiters, Jan-Eric Sauer, hineinschnuppern konnte.



VOM JOURNALISMUS IN DEN BUNDESTAG: MEINE NEUE MITARBEITERIN

Seit Mai 2023 habe ich eine neue Verstärkung im Berliner-Büro. Helena Truchla ist eine erfahrene Journalistin mit dem Schwerpunkt Europapolitik und Mittel- und Osteuropa, und ich freue mich, dass ich sie als neue Wissenschaftliche Mitarbeiterin in meinem Team begrüßen darf.

Nachdem Helena fünf Jahre lang für große Zeitungen in der Tschechischen Republik, wo sie ursprünglich herkommt, gearbeitet hat, leitete sie auch ein kleines Team von Analysten und Experten an führenden soziologischen Forschungsinstitut STEM in Prag. Auch hier war der thematische Schwerpunkt die Europäische Union.

Die Stelle in meinem Büro im Bundestag war für Helena tatsächlich eine Geschichte der glücklichen Rückkehr.

Denn bereits im 2017 nahm sie an dem fünfmonatigen Internationalen Parlamentsstipendium des Deutschen Bundestages teil. Daher kennt sie sich in unserem Haus schon gut aus und unterstützt mich vom Tag eins vor allem bei meiner Tätigkeit im Europaausschuss und Auswärtigen Ausschuss wo ich als Berichterstatter für die Ukraine, Polen, Republik Moldau, Belarus und andere Mittel— und Osteuropäische Länder zuständig bin.

Helena hat Politikwissenschaft und Wirtschaftspolitik an Universitäten in Brünn, Berlin, Bordeaux und Edinburgh studiert. Für ihre Diplomarbeit führte sie eine qualitativ-quantitative Analyse der Debatten im Plenum des Deutschen Bundestages durch und

schloss mit summa cum laude an der Masaryk-Universität in Brünn ab. In ihrer Freizeit geht sie gerne joggen, wandern, reisen und entdeckt die Berliner Gastroszene.



TREFFEN DER DEUTSCH-NORWEGISCHEN POLITIKWERKSTATT

Zusammen mit Kollegen:innen aus

dem norwegischen (Storting) und Mitgliedern der Deutsch-Norwegischen Willy-Brandt-Stiftung habe ich an der Deutsch-Norwegischen Politikwerkstatt teilgenommen. Es war eine großartige Gelegenheit, sich über wichtige politische Themen und die Zusammenarbeit zwischen unse-

ren beiden Ländern

innen aus auszutauschen, insbesondere über Parlamént Themen wie Klima– und Energiepo-



litik. Es fand ebenfalls die Vorstandssitzung und die Mitgliederversammlung der Deutsch-Norwegischen Willy-Brandt-Stiftung statt. Es war beeindruckend zu sehen, wie engagierte Kolleginnen und Kollegen an Projekten und Ideen von gemeinsamen Interesse zusammenarbeiten.

Der Höhepunkt war dann ein gemeinsames Gespräch im Bundestag, sowie weitere Gesprächstermine, die mein Verständnis für wichtige Themen weiter vertieft haben.

VERANSTALTUNG: "DIE ENTFÜHRUNG UKRAINISCHER KINDER"

Die Kindheit sollte mit fröhlicher Familienzeit und Spielen mit Freunden gefüllt sein. Für einige ukrainische Kinder ist das aber wegen des brutalen russischen Angriffskrieges nur ein Traum.

Die Kinder werden systematisch und rechtswidrig getötet und verschleppt nach Russland und Belarus. Die Anzahl der deportierten ukrainischen Kinder beläuft sich mittlerweile auf nahezu 20.000. Sie leiden unter Gewalt, Zwangsarbeit und Indoktrination. Heute hat uns im Bundestag ein mutiger 10jähriger Illia Matvienko seine Geschichte erzählt. Seine Mutter starb vor seinen Augen in Mariupol. Danach wurde er - schwer verletzt - nach Russland geschleppt. Nur mit großer Entschlossenheit und viel Glück konnte seine Großmutter ihn in die Ukraine zurückbringen und dafür sorgen, dass sein Bein heilt.

Vielen Dank an alle Organisatoren und Redner der heutigen bewegenden Veranstaltung. Sie hat uns daran erinnert, dass durch die russische Brutalität auch das vermeintlich ganz selbstverständliche, nämlich das Recht auf eine glückliche Kindheit, keineswegs garantiert ist.



PRAKTIKUMSBERICHT FATIMA FANOUS

Hallo, ich möchte mich kurz vorstellen: mein Name ist Fatima Fanous, ich bin 25 Jahre alt und stamme aus Jordanien. An der University of Jordan habe ich deutsche- und englische Sprache & Literatur studiert. Schon immer habe ich mich für Politik und gesellschaftliche Themen interessiert, und diese Leidenschaft hat mich dazu motiviert, am IPS-Programm teilzunehmen. Vor Kurzem hatte ich das Privileg, eine Woche lang am IPS-Programm teilzunehmen und gleichzeitig ein aufregendes Praktikum im Abgeordnetenbüro von Johannes Schraps zu absolvieren. In diesem Newsletter möchte ich meine Erfahrungen und Eindrücke mit euch teilen. Das Internationale Parlaments-Stipendium (IPS) Programm Arabische Staaten richtet sich an junge, politisch engagierte Menschen aus der MENA-Region (Middle East/Northern Africa), die Interesse am deutschen parlamentarischen System haben und sich in ihren Heimatländern aktiv für demokratische Grundwerte einsetzen.

Dank des IPS-Programms hatte ich die einzigartige Gelegenheit, tiefere Einblicke in die deutsche Politik zu gewinnen. Während meines Aufenthalts in Deutschland konnte ich an Seminaren, Diskussionen und Treffen mit hochkarätigen Politikern teilnehmen. Diese Erfahrung eröffnete mir neue Perspektiven auf die politische Landschaft Deutschlands und erweiterte meinen Horizont erheblich. Parallel dazu



verbrachte ich eine Woche im Abgeordnetenbüro von Johannes. Diese Zeit war für mich besonders lehrreich, da ich aus erster Hand erleben konnte, wie politische Arbeit auf parlamentarischer Ebene in Deutschland funktioniert. Johannes und sein Team haben mich herzlich aufgenommen und mir die Möglichkeit gegeben, an Meetings teilzunehmen und neue Leute kennenzulernen.

Besonders beeindruckend war, wie Johannes Schraps und sein Team mit Leidenschaft und Hingabe für politische Themen arbeiten. Diese Woche hat mir nicht nur einen Einblick in die Abläufe eines Abgeordnetenbüros verschafft, sondern auch gezeigt, wie wichtig die enge Verbindung zwischen Politik und den Menschen vor Ort ist. Johannes ist sehr kontaktfreudig, und durch seine soziale Ader

hatte ich die Gelegenheit, Menschen aus Norwegen zu treffen und mit ihnen verschiedene Themen zu diskutieren. Ihre positive Beziehung zu Deutschland war deutlich spürbar und trug dazu bei, mein Verständnis für internationale Perspektiven auf politische Fragen zu vertiefen. Insgesamt war meine Woche im Abgeordnetenbüro von Johannes eine unglaublich bereichernde Erfahrung, die mein Verständnis für die deutsche Politik vertieft hat. Sie hat mir auch klargemacht, wie wichtig es ist, dass junge Menschen sich aktiv in die Politik einbringen und für Veränderungen eintreten.

Ich bin dankbar für diese einmalige Gelegenheit und freue mich darauf, die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen in meine zukünftige Arbeit einzubringen.

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Verwaltungsmodernisierung weiter beschleunigen

Wir brauchen eine moderne und serviceorientierte Verwaltung für Bürger:innen und Unter-nehmen , damit das schneller gelingt, soll das Onlinezugangsgesetz (OZG) angepasst und weiterentwickelt werden.

Das bereits 2017 erlassene OZG hat wichtige Weichen gestellt und die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen deutlich angeschoben, aber noch wurden nicht alle Vorgaben vollständig umgesetzt. Das Änderungsgesetz sieht nun Regelungen vor, die die Verwaltungsdigitalisierung effektiver vorantreiben und so das digitale Onlineangebot verbreitern sollen. Relevant ist hierbei insbesondere die vollständige elektronische Abwicklung, das heißt die Ende-zu-Ende-Digitalisierung, von Vorgängen. Dabei sind Schriftformerfordernisse eine entscheidende Hürde. Der Entwurf sieht nun die umfassende digitale Ersetzung der Schriftform vor. Auch wird der Bund zentrale Basisfunktionen bereitstellen und so zum Bei-spiel landeseigene Entwicklungen für das Bürgerkonto ersetzen. Mit der gesetzlichen Verankerung des Once-Only-Prinzips sollen künftig Nachweise nur noch einmalig abgegeben wer-den müssen.

Verwaltungsdigitalisierung bleibt eine Daueraufgabe. Die Änderungen des OZG sind Teil mehrerer notwendiger Schritte für die Digitalisierung der Verwaltung. Dazu gehören auch funktionierende digitale Identitäten, verknüpfte Register sowie einheitliche Datenstandards und Schnittstellen.

Bund investiert in die Modernisierung der Schiene

Eine moderne, besser ausgebaute Eisenbahninfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für energieeffizienten Verkehr und somit auch wesentlicher Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele. Das Bundeschienenwegeausbaugesetz (BSWAG) ist die rechtli-

che Grund-lage für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. In der Vergangen-heit hat es sich in seiner bisherigen Ausgestaltung zunehmend als ein Investitionshemmnis erwiesen. Daher schlägt die Bundesregierung in einem Gesetzentwurf Änderungen vor, um dieses Hemmnis zu beseitigen. Mit der Schaffung zusätzlicher Finanzierungsoptionen im BSWAG sollen höhere und zügigere Investitionen in die Schiene ermöglicht werden, u.a. auch für die ab dem kommenden Jahr geplanten Korridorsanierungen. Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit der Eisenbahninfrastruktur zu steigern, um das wachsende Personen- und Güterverkehrsaufkommen bewältigen zu kön-

Konkret können Kosten für einmalig anfallenden Aufwand übernommen werden, außerdem für Unter- und Instandhaltung, Baumaßnahmen aufgrund rechtlicher Auflagen wie etwa Denkmalschutz, für IT-Leistungen, für nachhaltige oder erweiterte Ersatzinvestitionen (wie das Anpassen von Bahnsteigen) sowie für Folgekosten von Investitionsprogrammen für Barrierefreiheit und Lärmsanierung. Dies stellt auch eine wichtige Grundlage für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Errichtung einer gemeinwohlorientierten Infrastruktursparte dar. So kann der Bund in die Modernisierung der Eisenbahninfrastruktur künftig mehrere Milliarden Euro zusätzlich investie-

Höhere Besoldung und Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, der in 1. Lesung im Bundestag beraten wird, soll das Ergebnis der Tarifeinigung vom 22. April 2023 für den öffentlichen Dienst zeit- und wirkungsgleich auf die Beamt:innen, Richter:innen, Soldat:innen, Empfänger:innen von Amtsbezügen sowie auf die Versorgungsempfänger:innen des Bundes übertragen werden. In Folge dessen sollen die Bezüge zum 1. März

2024 um 200 Euro angehoben werden, kombiniert mit einer anschließenden linearen Erhöhung in Höhe von 5,3 Prozent. Ebenso werden 2023 sowie für die Monate Januar und Februar 2024 steuer- und abgabenfreie Sonderzahlungen zum Inflationsausgleich gewährt.

Des Weiteren sollen die Zulagen für Beamt:innen sowie Soldat:innen mit vollzugspolizeilichen Aufgaben (Polizeizulage) wieder für ruhegehaltfähig erklärt werden, d.h. für die Höhe des Ruhegehalts berücksichtigt werden.

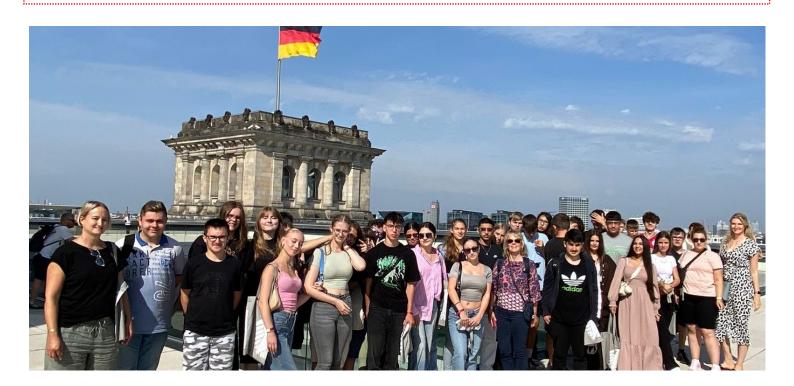
Ausbildungsvergütung für Pflegestudierende

Gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege sind der Schlüssel für mehr dringend benötigte Pflegekräfte. Wer Pflege an einer Hochschule studiert, soll künftig für die gesamte Dauer des Studiums eine angemessene Vergütung erhalten. Dies gilt auch für der-zeitige Studierende. Vorgesehen ist zudem, dass der praktische Teil der hochschulischen Pflegeausbildung über das bestehende System der Pflegeausbildung finanziert wird. Die hochschulische Pflegeausbildung wird zum dualen Studium mit einem Ausbildungsvertrag. Die Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte werden vereinheitlicht und vereinfacht. Damit soll dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegengewirkt und das Pflegestudium attraktiver werden. Daneben werden die rechtlichen Rahmenbedingungen der beruflichen Pflegeausbildung weiter verbessert und an aktuelle Entwicklungen, etwa hinsichtlich der Digitalisierung, angepasst.

Neben den bisherigen Berufsbezeichnungen "Pflegefachfrau" oder "Pflegefachmann" kann zukünftig eine geschlechtsneutrale Berufsbezeichnung "Pflegefachperson" gewählt werden. Dies gilt entsprechend für Personen, die bereits über eine Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung verfügen.



BESUCHER: INNENGRUPPEN AUS DEM WESERBERGLAND IN BERLIN





Büro Hameln Heiliggeiststraße 2

31785 Hameln 05151 107 33 99 Büro Holzminden

Obere Str. 44 37603 Holzminden 05531 5030 Büro Berlin

Platz der Republik 1 11011 Berlin 030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Benjamin Beineke, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Helena Truchla

johannes.schraps@bundestag.de